

KMU-Forum

Eidg. Expertenkommission
per Adresse:
seco – WSWP
Bundesgasse 8
3003 Bern

Bühler, im Januar 2001

Herrn Jean-Luc Nordmann
Direktor DA – seco
Bundesgasse 8
3003 Bern

Stellungnahme des KMU-Forums zum Massnahmenpaket Schwarzarbeit

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren

Das KMU-Forum hat an seiner Sitzung vom 15. Januar 2001 das Massnahmenpaket „Schwarzarbeit“ diskutiert und sich zu nachstehender Stellungnahme entschieden.

Zunächst möchten wir jedoch Ihnen, Herr Direktor Nordmann, für die klare Einführung in die Thematik und Frau Küng für die kompetenten Ausführungen an der Sitzung bestens danken.

Im Grundsatz unterstützt das KMU-Forum die verstärkte Bekämpfung von Schwarzarbeit, wendet sich aber namentlich gegen einen Teil der vorgesehenen Durchführungsmechanismen und Sanktionen.

a) Ausmass der Schwarzarbeit:

Zunächst äussert das KMU-Forum Zweifel an den Schätzungen zum Ausmass der Schwarzarbeit durch wissenschaftliche Kreise. Auf die Beschäftigtenzahlen in den Wirtschaftszweigen umgelegt, in denen Schwarzarbeit mutmasslich am häufigsten vorkommt, ergeben sich unrealistisch hohe Zahlen. Und es darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass in einigen Kantonen Schwarzarbeit von den Behörden heute schon konsequent verfolgt wird. Schlussfolgerungen mit Angaben über entgangene Einnahmen der Sozialwerke und des Fiskus sind deshalb hochgradig unsicher, was im Text einer allfälligen Botschaft zum Ausdruck gebracht werden muss.

b) Inspektion von Betrieben

Das KMU-Forum hat keine Einwände, dass die Betriebe vermehrt durch Inspektoren kontrolliert werden, verbindet damit aber die Erwartung, dass dies die Betriebsabläufe nur marginal berühren und die Unternehmensleitungen zeitlich nicht zu sehr beanspruchen wird. Das KMU-Forum verweist auf andere neue Inspektionen, welche durchwegs unangemeldet und mit grossem Handlungsspielraum in den Unternehmungen vorgenommen werden dürfen, so etwa: Kontrollen der Arbeitsinspektorate, Kontrollen durch tripartite Kommissionen

im Zusammenhang mit der Umsetzung der flankierenden Massnahmen zum Personenverkehr, Inspektionen durch die Vollzugsorgane EKAS, Inspektionen durch die Steuerbehörden, kantonale und eidgenössische (Mehrwertsteuer), etc. Es darf nicht sein, dass all die neuen Regulierungen die Unternehmen mit einer Fülle - zumal teilweise unkoordinierten und somit kumulativen - Inspektionen behindern.

Das KMU-Forum wendet sich insbesondere gegen die vorgesehene Stellung der Inspektoren, die von tripartiten Kommissionen eingesetzt werden sollen und die auch an diese Kommissionen berichten sollen, welche dann über die Verzeigung bei den Behörden entscheiden. Für diese Regelung spricht, dass die kantonalen Wirtschaftsämter die Unternehmen hinreichend gut kennen. Gleichzeitig sollen Organe von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden nicht unter dem Titel „Schwarzarbeit“ Zugang zu bislang keinem GAV oder NAV angeschlossenen Betrieb erhalten. Die Befürchtungen sind, dass bei Aussenseitern das Geschäftsgeheimnis durch diese Organe nicht hinreichend gewahrt werden wird und die Freiheit der einzelnen Unternehmen, Verbänden fernzubleiben, beeinträchtigt werden kann. Schliesslich ist die Einsetzung tripartiter Kommissionen mit Blick auf jene Branchen fragwürdig, in denen kaum Verbandsstrukturen bestehen und der Organisationsgrad tief ist. Diese Forderung will aber nicht bedeuten, dass sich das KMU-Forum dagegen wendet, dass diese Organisationen und Verbände selber Organe einsetzen, die – noch bevor eine Anzeige bei den Behörden erfolgt – Verletzungen von Arbeitgeberpflichten nachgehen und bereits durch das Gespräch, ohne Bussen und aufwendige Beweisverfahren, rechtskonforme Verhältnisse herbeizuführen suchen.

Wenn das KMU-Forum die Inspektoren also nicht bei den tripartiten Kommissionen, sondern direkt bei den Behörden angesiedelt sieht, so verbindet das KMU-Forum damit auch die Erwartung, dass die heute gemäss den Bemerkungen im ersten Absatz kaum koordinierten Vollzugsinstanzen ihre Tätigkeiten soweit sinnvoll wirksam koordinieren, um den Aufwand für die Unternehmen möglichst gering zu halten und ihren Amtspflichten nachkommen, auch wenn dies mit Blick auf die Konsequenzen für das fehlbare Unternehmen nicht immer einfach ist. Da die bessere Erfassung von bisher „schwarz“ geleisteten Arbeitsstunden vor allem mehr Geld in die Kassen der Sozialversicherungen bringt, an deren Finanzen die Kantone kein direktes Interesse haben, ist in der weiteren Konkretisierung des Vorhabens zu prüfen, ob nicht der Bund die Kantone oder andere Durchführungsorgane zu einem Mindestmass an Kontrollen verpflichten muss. Mit angeschnitten ist dabei die Frage der Finanzierung der Inspektoren.

c) Sanktionen

Das KMU-Forum wendet sich insbesondere gegen die Verankerung einer Mindeststrafe im Ausländerrecht. Wenn der Leiter eines KMU bei wiederholter Beschäftigung von Schwarzarbeit ins Gefängnis muss, ist die Existenz des Betriebes und seiner Arbeitsplätze unmittelbar gefährdet, da in den KMU der Unternehmensleiter meist nicht durch andere Betriebsangehörige ersetzt werden kann. Generell meint das KMU-Forum, dass die Sanktionen verhältnismässig bleiben müssen (Ausschöpfung des Bussenrahmens z.B.).

Dass Unternehmen nicht noch Aufträge vom Staat erhalten, dem sie Abgaben vorenthalten, hat seine Logik. Die Möglichkeit, fehlbare Unternehmen von öffentlichen Aufträgen auszuschliessen, darf bei den hart umstrittenen Submissionen aber nicht dazu führen, dass Unternehmen fälschlicherweise denunziert werden, weil man dem unliebsamen Konkurrenten so nicht nur einen schlechten Ruf anhängen kann, sondern auch erreicht, dass die Unternehmensleitung Zeit und Geld in die Abwehr solcher Angriffe stecken muss. Schliesslich muss die rechtliche Zulässigkeit dieser Sanktion – nicht zuletzt vor dem internationalen Recht – gegeben sein. Stellt sich heraus, dass ein Unternehmen ungerechtfertigt denunziert hat, hat es den verursachten Schaden zu tragen; man sollte

klären, ob es überdies zu büssen ist; solches könnte mit Vorteil ausdrücklich vorgesehen werden.

d) Scheinselbständigkeit

Das KMU-Forum ist aufgrund der Schwierigkeiten, die Unternehmensgründer kennen, an der Thematik der Anerkennung einer selbständigen Erwerbstätigkeit interessiert. Es betont die Schwierigkeiten, die bestehen, wenn zwischen Arbeitsvertrag, Auftrag und Werkvertrag unterschieden werden muss. Entsprechend problematisch im Vollzug sind diese Bestimmungen. Es macht auch darauf aufmerksam, dass wenn man den Schutzgedanken zu weit treibt, die Unternehmen vermehrt vom Beizug selbständig Erwerbstätiger absehen könnten. Dies würde den Aufbau einer selbständigen Existenz zusätzlich erschweren und stünde damit im Gegensatz zu andern Anliegen des Bundes (Förderung von Unternehmensgründungen).

e) Vereinfachte Abrechnungsverfahren

Das KMU-Forum unterstützt - entsprechend seinem Mandat, die administrativen Belastungen in den Unternehmen tief zu halten - alle Schritte, welche die komplizierten Abrechnungssysteme leichter handhabbar machen. Im Haushaltbereich bleibt allerdings das Problem, dass ohne die Schaffung zusätzlicher fiskalischer Anreize der Gebrauch vereinfachter Abrechnungsmöglichkeiten beschränkt bleiben dürfte.

f) Information

Das KMU-Forum unterstützt die Auffassung, dass auch eine verbesserte Information über die Pflichten der Arbeitgeber das Ausmass der Schwarzarbeit einzudämmen vermag.

Abschliessend möchten wir Ihnen für die Gelegenheit, dieses Geschäft mit Ihnen zu diskutieren und eine Stellungnahmen abzugeben, nochmals danken.

Für das KMU-Forum:

Hans Rudolf Früh, Co-Präsident